



**Freiheit statt Bevormundung**

**Bezirkswahlprogramm 2011**

**FDP Berlin-Mitte**

## **I. Bildungsvielfalt statt Gleichmacherei**

Die individuellen Fähigkeiten eines jeden Kindes müssen gefördert werden. Deshalb setzen wir uns für ein vielfältiges Schulangebot ein. Es darf keine Rolle spielen, ob eine Schule staatlich oder in freier Trägerschaft betrieben wird. Statt immer wieder neue Strukturreformen zu diskutieren und die einzelnen Schultypen gegeneinander auszuspielen, wollen wir die bestmögliche pädagogische Qualität für unsere Kinder in Mitte.

Deshalb fordern wir:

### **► Freie Schulwahl**

Kinder sollen zu der Schule gehen dürfen, die sie und ihre Eltern für die beste halten. Auch die Grundschulen müssen in Mitte frei wählbar sein. Die Schuleinzugsgebiete wollen wir abschaffen. Garant für die freie Schulwahl soll ein Bildungsgutschein sein, der bei der Grundschule der Wahl eingelöst werden kann, ähnlich wie das schon jetzt bei den KiTas möglich ist (KiTa-Gutschein-System).

Auch in Bezug auf die Schulform muss es eine freie Auswahl geben. Der Bezirk muss auf die Nachfrage, z.B. nach einem grundständigen Gymnasium in Mitte eingehen. Wir Liberale haben keine Vorbehalte gegen bestimmte Schulformen. Für uns zählt, dass diejenigen Schulformen in Mitte vorhanden sind, die nachgefragt werden. Denn Eltern und Schüler wissen am besten, welche Schulform für sie geeignet ist. Deshalb wehren wir uns auch gegen das Vorgehen des Bezirksamtes gegen die Gymnasien (z.B. die verdeckte Schließung durch Fusion bei der Menzel-Schule und dem Heinrich v. Kleist Gymnasium).

### **► Transparenz und Wettbewerb zwischen den Schulen**

Eltern und Schüler müssen die Möglichkeit haben, rechtzeitig zu erfahren, welche Schule die beste für sie ist.

Wir fordern deshalb eine Veröffentlichung der dem Bezirk vorliegenden Schulergebnisse und Schulinspektionsberichte aller Schulen in Mitte im Internet. Dies erleichtert nicht nur die Schulwahl, sondern wird Ansporn für viele Schulen sein, ihre Leistungen zu verbessern. Zudem sorgt eine bessere Transparenz auch dafür, dass Schwächen und Schwierigkeiten einzelner Schulen schneller erkannt werden. Auf diese Weise kann auch beurteilt werden, welche Maßnahmen den Schulen gezielt helfen.

### **► Gut ausgestattete öffentliche Schulen**

Damit alle Kinder gleiche Chancen auf eine gute Schulausbildung haben, müssen das Land Berlin und der Bezirk dafür sorgen, dass die öffentlichen Schulen gut ausgestattet sind.

Wir fordern deshalb eine Verkleinerung der Schulklassen von bis zu 33 auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler.

Die Schulen müssen mit einem eigenen Budget ausgestattet sein und über Personalfragen frei entscheiden können. Dieses Budget muss auch die Mittel für notwendige Gebäudesanierungen beinhalten. Es ist nicht akzeptabel, dass sich das Bezirksamt seit Jahren dagegen wehrt, den Schulen hierfür angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen. Für unsere Kinder in Mitte ist es unzumutbar, in Räumen lernen müssen, in denen, wie z.B. am Lessing-Gymnasium oder an der Fritzar-Homburg-Grundschule, dringend Baumaßnahmen erforderlich sind.

### **► Keine Fusion/ Schließung öffentlicher Schulen nur aus finanzpolitischen Gründen**

In den vergangenen fünf Jahren hat das Bezirksamt Mitte im Rahmen seines Sparprogramms etliche Schulen im Bezirk fusionieren oder sogar schließen lassen und dabei einzig finanzielle Aspekte berücksichtigt. Die Grips-Grundschule, die Willy-Brandt-Schule und die Ernst-Reuter-Schule sind Beispiele dafür, wie das Bezirksamt ohne Rücksicht auf pädagogische Konzepte Kahlschlag betrieben hat. Dank der Initiative der FDP wurden in den Schulentwicklungsplan des

Bezirk neben finanzpolitischen auch pädagogische und soziale Komponenten eingeführt. Hierfür werden wir auch in Zukunft an der Seite von Schülern und Eltern kämpfen.

► **Förderung privater Schulen als Garant für Vielfalt und Qualität**

Viele Eltern suchen nach Alternativen zu den öffentlichen Schulen. Das Ergebnis der 15-jährigen Schulpolitik der SPD in Berlin sind viele marode öffentliche Schulen, überforderte und demotivierte Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler ohne Perspektive auf eine gute Ausbildung. In Bezug auf Schulleistung belegen Berliner Schüler seit Jahren den letzten Platz in der gesamten Bundesrepublik.

Die FDP begrüßt daher alle Initiativen der Eltern und freier Träger, neue Schulen zu gründen. Schulen in freier Trägerschaft sind eine unabdingbare Ergänzung des Schulangebots in unserem Bezirk. Die ideologisch bedingte Verhinderungspolitik der SPD, der Grünen und der Linken gegen die privaten Schulen lehnt die FDP kategorisch ab. Das Beispiel der Cosmopolitan School zeigt, dass die FDP die einzige Partei in der Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Mitte ist, die sich uneingeschränkt für die Schulen in freier Trägerschaft einsetzt.

► **KiTas, Jugendclubs, Vereine**

Eltern benötigen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexiblere KiTa-Öffnungszeiten. Wir fordern deshalb KiTa-Öffnungszeiten, die sich nach den Bedürfnissen der Eltern richten.

Wir setzen uns dafür ein, dass der bezirkliche KiTa-Eigenbetrieb auf private Träger übertragen wird. Private Träger sind effizienter und bieten den Kindern mehr Vorteile.

Ganztagsschulen sollen mit Jugendclubs, Sport- und Musikvereinen enger kooperieren und sie in ihr Nachmittagsangebot einbeziehen, um ein breites Angebot für Jugendliche zu erhalten.

Die bezirklichen Bildungseinrichtungen VHS und Musikschule wollen wir sichern und nachfragegerecht weiterentwickeln.

Bezirklichen Bildungseinrichtungen brauchen mehr Freiheit: Sie sollen ihre Einnahmen selbst bewirtschaften dürfen, das überholte Prinzip der Kameralistik hat hier ausgedient.

## **II. Stadtentwicklungspolitik attraktiv für Anwohner und Investoren**

Während Alt-Mitte sich zum touristischen Magneten entwickelt hat, nimmt in Teilen Weddings und Tiergartens die wirtschaftliche Kraft immer noch ab. Deshalb braucht Mitte eine ausgewogene Stadtentwicklungspolitik, die die Interessen der alten und der neuen Bewohner genauso berücksichtigt wie diejenigen der Investoren, die in Mitte neuen Wohnraum und Arbeitsplätze schaffen möchten.

Deshalb fordern wir:

► **Attraktive Ansiedlungspolitik für Investoren**

Nach wie vor werden Investoren und Gewerbetreibende ständig mit unnötigen bürokratischen Auflagen konfrontiert. Diese kosten Zeit, Geld und Nerven. Deshalb fordert die FDP eine konsequente Überprüfung der bezirklichen Auflagen und die Abschaffung aller Auflagen, deren Notwendigkeit nicht begründet werden kann.

Unternehmen sollen für alle Verwaltungsvorgänge einen einzigen Ansprechpartner beim Bezirksamt bekommen. So werden Aufgaben innerhalb der Bezirksverwaltung gebündelt, z.B. die Bearbeitung aller Aspekte eines Bauantrags. So verkürzen sich die Bearbeitungszeiten und die Verwaltung wird entlastet.

► **Keine Beschränkungen bei der Sanierung der Wohnsubstanz**

Eigentümer müssen das Recht haben, über den Umfang der Sanierung von Häusern und Wohnungen selbst zu entscheiden. Mietobergrenzen und die Verhinderung von aufwertenden Sanierungen lehnt die FDP ab. Wer den Anbau von Fahrstühlen oder die Modernisierung von Bädern oder Küchen verhindert, zwingt gerade ältere Anwohner, die auf Aufzüge und moderne Sanitäreinrichtungen angewiesen sind, aus ihren Jahrzehnte lang bewohnten Wohnungen auszuziehen. Sanierungen sind zudem notwendig, um die Bausubstanz zu erhalten.

Die FDP fordert, dass bei der energiesparenden Sanierung von Wohnhäusern die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Eigentümer und Mieter berücksichtigt werden. Die dogmatische Durchsetzung von teuren Maßnahmen wie z. B. umfangreichen Fassadendämmungen, die drastische Mieterhöhungen nach sich ziehen, lehnt die FDP ab.

► **Soziale Vielfalt**

Im Gegensatz zu allen anderen politischen Parteien begrüßt die FDP ausdrücklich den Zuzug von neuen Mietern und Eigentümern in unserem Bezirk. Milieuschutz und Mietobergrenzen sind unseres Erachtens wirkungslose Mittel, um die soziale Durchmischung des Bezirks zu bewahren. Stattdessen muss durch neue Bauten mehr Wohnraum geschaffen werden, um Mietsteigerungen zu dämpfen. Gerade die Aufwertung von Quartieren sorgt für eine vielfältigere soziale Mischung. Die Sicherung bezahlbaren Wohnraums für sozial Schwache muss durch direkte Zuschüsse an die Betroffenen erfolgen.

► **Attraktive Club- und Gastronomieszene**

Die Clubszene in Berlin-Mitte ist von einmaliger Qualität in Deutschland. Clubs, Strandbars und vielfältige Gastronomie tragen wesentlich zur Attraktivität unseres Bezirkes bei. Sie schaffen Arbeitsplätze und bringen unserer Stadt Steuereinnahmen.

Jahrelang versuchten die Grünen über ihre Stadträtin, die Errichtung neuer Clubs in Mitte zu verhindern. Die Existenz der bestehenden Einrichtungen wurde durch sinnlose Auflagen bedroht. Die FDP hat dieser grünen Anti-Clubpolitik ein Ende gesetzt. Wir haben z.B. verhindert, dass einige Gebiete in „reine Wohngebiete“ umgewandelt wurden. So konnten dort Clubs und kulturelle Einrichtungen erhalten bleiben oder sich neu ansiedeln.

Die FDP setzt sich weiter dafür ein, dass das Bezirksamt bei der Zulassung und Genehmigung von gastronomischen Einrichtungen seinen Ermessensspielraum zu Gunsten der Antragsteller nutzt.

► **Spielhallenflut eindämmen**

Die Häufung von Spielhallen ist ein wichtiger Indikator für den wirtschaftlichen und sozialen Abstieg eines Stadtteils und konterkariert Bemühungen des Bezirkes, sozial und wirtschaftlich schwache Stadtteile zu revitalisieren. Deshalb hat sich die FDP in der BVV für ein Landesgesetz gegen die Verbreitung der Spielhallen eingesetzt. Wir sind der Ansicht, dass Spielhallen auf zwei bis drei Standorte im Bezirk konzentriert werden müssen und der Zugang zu Spielhallen restriktiver gehandhabt werden soll.

► **Neue Entwicklungsperspektiven**

Eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik muss so weit wie möglich die Interessen der Anwohner, der Eigentümer, der Investoren und der Gewerbetreibenden berücksichtigen. Die FDP unterstützt deshalb die Anliegen von Bürgerinitiativen (z.B. Hansaviertel, Spittelkolonaden) bestimmte Straßenzüge und Gebiete in Mitte aufzuwerten. So fordern wir,

- dass die **Leipziger Straße** zu einer attraktiven Einkaufsstraße umgestaltet wird. Der Grünstreifen, der derzeit als Barriere wirkt, muss dabei völlig umgestaltet werden
- dass der Bezirk alle Finanzierungsmöglichkeiten durch Landes- und Bundesmittel ausschöpft, um die öffentlichen Flächen und Gebäude im **Hansaviertel** einschließlich der denkmalgeschützten Kirchen zu sanieren.
- dass der **Kleine Tiergarten** attraktiv umgestaltet und die Verbindung zwischen Alt-Moabit und der Turmstraße wiederhergestellt wird.

- dass die Investoren sowohl für das **Schultheissgelände** als auch das ehemalige Hertiegebäude aktiv unterstützt werden.
- dass umgehend die bezirkliche Planung zum **Mauerpark** umgesetzt wird, d.h. dass der Park in Zusammenarbeit mit den privaten Eigentümern vergrößert und gleichzeitig neuer Wohnraum geschaffen wird.

Wichtige Bauprojekte werden die Entwicklung unseres Bezirks für Jahrzehnte bestimmen und müssen deshalb anspruchsvoll gestaltet werden. Deshalb fordert die FDP-Mitte:

- Den baldmöglichsten Beginn der Errichtung des Humboldtforums und dessen Einbindung in ein Konzept für die lokalen Verkehrsströme
- Eine bauliche Neufassung mit einer vielfältigen Nutzungsmischung für den historischen Kernbereich von Mitte, insbesondere für die Einfassung der Marienkirche und des Roten Rathauses
- Eine architektonisch anspruchsvolle und für die Nutzer attraktive Entwicklung des Bereichs Hauptbahnhof/ Humboldthafen
- Eine Aufwertung des Kulturforums mit dem Ziel der Belebung und der Steigerung der Attraktivität der dortigen Kultureinrichtungen von Weltrang

### **III. Integration: Chancen und Eigenverantwortung statt Bevormundung**

Fast 28 Prozent der Bevölkerung in Berlin-Mitte sind nichtdeutsche Staatsbürger. In Wedding und Teilen Tiergartens beträgt der Anteil der Schüler nichtdeutscher Herkunft über 80 Prozent. Gut ausgebildete und engagierte Zuwanderer machen unsere Stadt international attraktiv, stärken unsere Wirtschaft und sind eine große Bereicherung für die Gesellschaft.

Leider müssen wir jedoch feststellen, dass sich ein Teil der Migranten nicht ausreichend integriert, mangelnde Sprachkenntnisse aufweist und dauerhaft von Sozialleistungen abhängig ist. Wir erachten die bisherige Integrationspolitik für gescheitert. Integrationsprobleme gibt es aber nicht nur bei Migranten: Immer mehr Kinder und Jugendliche deutscher Eltern fallen durch mangelhafte Beherrschung ihrer Muttersprache auf.

Deshalb fordern wir:

#### **► Schulpflicht konsequent durchsetzen**

Unser Bezirk hat die höchste Schulabbrecherquote in ganz Berlin. Auch die Zahl der Schulschwänzer ist überdurchschnittlich hoch. Auffallend ist, dass viele dieser Schüler aus Familien stammen, die seit langer Zeit von Transferleistungen leben. Überforderte Eltern müssen zur Bewältigung ihrer erzieherischen Probleme deshalb Unterstützung durch Schulen und Sozialberater erhalten. Das enthebt sie jedoch nicht ihrer elterlichen Pflichten zu denen auch die Schulpflicht gehört. Die FDP fordert deshalb, die Schulpflicht konsequent durchzusetzen, auch unter Anwendung der gesetzlich vorgesehenen Sanktionen (Bußgelder).

#### **► Deutsche Sprache als Schlüssel zum Erfolg**

Bereits 2006 hat die FDP mit dem Slogan „Konsequent für Deutsch an unseren Schulen“ geworben. Vorbild war die Herbert-Hoover-Schule in Wedding, deren Eltern, Schüler und Lehrer sich freiwillig für Deutsch als einzige Sprache auf dem Schulhof entschieden haben. Wir wollen mehr Schulen in Mitte ermutigen, diesem Beispiel zu folgen. Gute Deutschkenntnisse sind der Schlüssel zum beruflichen Erfolg und zum sozialen Aufstieg. Deshalb fordert die FDP frühzeitige Sprachtests für alle Kinder bereits im vierten Lebensjahr. Kinder mit unzureichenden Sprachkenntnissen - unabhängig von ihrer Herkunft - sollen durch Sonderkurse ihre Deutschkenntnisse bis zum schulpflichtigen Alter verbessern, um von Beginn an erfolgreich ihre schulische Ausbildung absolvieren zu können.

Schulen in Gebieten mit hohem Migrantenanteil sollten eine maximale Schülerzahl von 20 pro Klasse haben, um auf Defizite der Schüler besser eingehen zu können.

► **Mehr Eigenverantwortung, weniger Projekte**

In Berlin werden jährlich Hunderte Millionen Euro für unzählige soziale Projekte ausgegeben. Viele von ihnen sollen die Integration von „Menschen mit Migrationshintergrund“ fördern. Jedoch ist im Dickicht der Fördermaßnahmen der sog. „Sozialen Stadt“ und in den Quartiersmanagementgebieten nicht gesichert, dass die einzelnen Projekte ihre Ziele effizient erreichen. Die FDP fordert deshalb eine Überprüfung aller Projekte im Bezirk und die Streichung aller ineffektiven Projekte. Das eingesparte Geld soll vor allem Schulen und Kitas zur Verfügung gestellt werden, denn dort werden die Kinder und Jugendlichen am besten erreicht.

Des Weiteren fordern wir, dass das Bezirksamt nur mit solchen religiösen und kulturellen Vereinigungen zusammenarbeitet, die das Grundgesetz und die Grundwerte unserer Gesellschaft respektieren und in ihrer internen Organisation demokratischen Prinzipien genügen.

#### **IV. Stärkung der direkten Demokratie**

Die FDP versteht sich als Partei der Bürger. Wir verfolgen das Prinzip „So viel Staat wie nötig - so wenig Staat wie möglich“. Deshalb möchten wir den direkten Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik in den Bezirken stärken. Auch die Rolle der Bezirksverordnetenversammlung als parlamentarisches Kontrollgremium für die Bezirksverwaltung muss gestärkt werden.

Deshalb fordern wir:

► **Verbindliche bezirkliche Bürgerentscheide auf Bezirksebene**

Obwohl bereits im Jahr 2005 in Berlin eingeführt, sind nur wenige Bürgerentscheide auf Bezirksebene verbindlich. Da sie zum Teil nur empfehlenden Charakter haben, hängt die Umsetzung erfolgreicher Bürgerbegehren und Bürgerentscheide nach wie vor vom Wohlwollen der Bezirksamter ab.

Deshalb fordern wir für alle Bürgerentscheide auf Bezirksebene echte Verbindlichkeit. Wir nehmen den Willen der Wählerinnen und Wähler im Bezirk Ernst und fordern, dass das Ergebnis der Bürgerentscheide von den Bezirksamtern und den Bezirksverordneten respektiert und umgesetzt wird

► **Das Bezirksamt nach politischen Mehrheiten besetzen**

Zurzeit werden alle Stadtratsposten anteilig an die Parteien entsprechend der erzielten Wahlergebnisse verteilt. Eine Berücksichtigung von Koalitionen, die sich bilden und alle Stadträte entsprechend besetzen, gibt es nicht. Dieser Zustand führt dazu, dass wichtige Entscheidungen verzögert oder sogar blockiert werden. Das Bezirksamt spricht nicht mit einer Stimme, sondern führt zum Leidwesen der Bürgerinnen und Bürger den Wahlkampf zwischen den Stadträten auch nach den Wahlen fort. Die Entscheidung der SPD, der Linken und der CDU, die geplante Einführung des politischen Bezirksamtes zu verhindern, ist falsch.

Wir fordern seit langem die Einführung des „politischen Bezirksamtes“. Gewählte Bezirksverordnete müssen das Recht bekommen, Koalitionen zu bilden und in dieser Koalition die Stadträte zu besetzen. Sie sollen so die volle Verantwortung für die Bezirkspolitik übernehmen und mit einer Stimme Politik in Mitte umsetzen.

► **Kompetenzen der Bezirksverordnetenversammlung erweitern**

Bisher können Bezirksverordnete nur Empfehlungen und Ersuchen an das Bezirksamt richten, deren Umsetzung dem Bezirksamt überlassen ist. Dieser Umgang mit den von den Wählerinnen und Wählern gewählten Repräsentanten des „Bezirksparlaments“ ist inakzeptabel.

Deshalb fordert die FDP, den Bezirksverordnetenversammlungen ein allgemeines Entscheidungsrecht einzuräumen, damit die Entscheidungen der Verordneten für das Bezirksamt bindend werden.

## V. Wirtschaft, Verkehr und Ökologie

Nach wie vor profitiert Berlin nur unzureichend von bundesweiter wirtschaftlicher Aufschwung. Berlin weist immer noch eine der höchsten Arbeitslosenquoten in der Bundesrepublik auf. Dies hängt mit der Politik des rot-roten Senats zusammen, die die Potenziale der Stadt und unseres Bezirks nur unzureichend erschließt und Innovation und unternehmerische Initiative behindert. Die FDP will das Potenzial von Berlin-Mitte besser nutzen. Dabei setzen wir auf unternehmerische Initiative, eine gute verkehrliche und städtebauliche Infrastruktur und die Erhaltung der Lebensqualität im Bezirk.

Deshalb fordern wir:

### ► **Bessere Verkehrsanbindungen für die existierenden Wirtschaftsstandorte**

Eine gute Anbindung an den ÖPNV ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Wirtschaftsstandorte. Die Erreichbarkeit des Berliner Innovations- und Gründerzentrums (BIG) sowie der zahlreichen Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen in Moabit West ist unzureichend. Wir fordern Senat und Bezirk auf, die nötigen Buslinien bei der BVG zu bestellen bzw. deren Einstellung zu verhindern.

### ► **Stadtzentrum muss touristisch attraktiv bleiben**

In diesem Jahr beginnen die Bauarbeiten zum Lückenschluss der U5. Die Auswirkungen dieser Baumaßnahme auf die touristische Attraktivität müssen so gering wie möglich gehalten werden. Dafür muss das Bezirksamt in Kooperation mit der Interessengemeinschaft Friedrichstraße sorgen. Insbesondere der Bereich Friedrichstraße/Unter den Linden muss über die gesamte Bauzeit erreichbar, zugänglich und durchlässig bleiben, um die Nachteile für Läden und Gewerbe in diesem Bereich gering zu halten.

Das Nikolaiviertel, das über die lange Bauzeit besonders von der Umgebung abgeschnitten sein wird, bedarf dringender Unterstützung, da die ansässigen Gewerbetreibenden unter der stark eingeschränkten Erreichbarkeit leiden.

Insgesamt müssen die Baustellen der Leitungsbetriebe, der Straßenverwaltung und öffentlicher Bauten, wie z.B. der Staatsoper und der Staatsbibliothek, optimal koordiniert werden.

### ► **Tramnetz, Parkraumbewirtschaftung und Fahrradwege**

Eine gute Infrastruktur ist eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks. Die FDP fordert deshalb eine Verkehrspolitik, die sich an der Nachfrage durch die Nutzer ausrichtet und lehnt eine dogmatische Bevorzugung einzelner Verkehrsmittel durch die Politik ab.

- Die FDP setzt sich für einen vernünftigen Ausbau des Tramnetzes ein. Tramlinien haben aber nur dann einen Sinn, wenn sie in eigenem Gleisbett fahren. Sonst behindern sie den Verkehr und stellen eine große Gefahr für Fahrradfahrer und Fußgänger dar. Aus diesem Grund lehnt die FDP Tramlinien in der Leipziger Straße, der Turmstraße und Alt-Moabit ab.
- Die FDP fordert, dass die Parkraumbewirtschaftung nicht weiter ausgeweitet wird. Für die bestehende Parkraumbewirtschaftung muss sichergestellt werden, dass Anträge von Bürgern und Unternehmen zügig bearbeitet und Genehmigungen kurzfristig erteilt werden.
- Beim Ausbau der Fahrradverbindungen muss die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Vordergrund stehen. Nicht jede Straße ist für den Radverkehr geeignet. Fahrradverbindungen sollten vorwiegend über Nebenstraßen ausgewiesen werden (z.B. Mohrenstr. statt Leipziger Str., Linienstr. statt Torstraße). Statt Radwegen auf dem Bürgersteig sind Fahrradstreifen auf den Fahrbahnen sinnvoller. Bestehende Radwege müssen modernisiert werden, um die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger zu gewährleisten.

Um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, setzt sich die FDP Mitte dafür ein, regelmäßig die Verkehrssicherheit der Fahrräder zu kontrollieren und Verkehrsverstöße von Radfahrern konsequent zu ahnden.

► **Gepflegte Grünflächen**

Um eine ausreichende und professionelle Pflege der Parks und Grünflächen in Mitte sicherzustellen, fordern wir, die dazu nötigen Mittel bereitzustellen und Naturschutz, Grünflächenplanung und Grünflächenpflege in einem Amt zusammenführen.

Die zu hohe Nutzung und Belastung einiger Parks, insbesondere des Großen Tiergartens wollen wir begrenzen, z.B. durch ein Grillverbot im Großen Tiergarten.

Gefällte Straßenbäume müssen schnell nachgepflanzt werden, denn Bäume sind wichtig für das Stadtklima.

Wir werden Initiativen ermutigen und unterstützen, die mehr Grün in Mitte schaffen, z.B. durch Dach- und Hofbegrünung und durch ehrenamtliche Pflege von Bäumen und Straßengrün.

Berlin, im Juni 2011